

Mehr Solidarität in der Wärmeversorgung

Forderungen von ver.di und der Klima-Allianz Deutschland an die Politik

Die Energie- und Wärmewende ist nicht nur ein Klimaprojekt.
Sie ist ein Infrastrukturprojekt, ein Beschäftigungsprojekt und ein Projekt sozialer Stabilität.

Gerade in der Wärmeversorgung entscheidet sich, ob Transformation als solidarisches Gemeinschaftswerk gelingt – oder ob sie soziale Spaltungen vertieft. Wärme ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Sie darf nicht zum Spielfeld individueller Optimierungsstrategien werden, sondern muss als gemeinschaftliche Infrastruktur gedacht und organisiert werden.

Kommunale Stadtwerke stehen bereit, diese Aufgabe zu erfüllen. Aber sie brauchen:

- verlässliche gesetzliche Rahmenbedingungen,
- ausreichendes Eigenkapital und öffentliche Finanzierung,
- beschleunigte Verfahren,
- Planungssicherheit bis 2045 und darüber hinaus,
- sowie klare politische Unterstützung.

Die Energie- und Wärmewende gelingt nur mit starken Stadtwerken – und starken Beschäftigten.

1. Finanzierung der Energieinfrastruktur zur gesamtstaatlichen Aufgabe machen

Die Transformation von Strom-, Gas- und Wärmenetzen erfordert Investitionen in dreistelliger Milliardenhöhe. Viele Kommunen sind finanziell überfordert, ihre Stadtwerke ausreichend mit Eigenkapital auszustatten.

Die Wärmewende darf nicht davon abhängen, wie reich oder arm eine Kommune ist.

Wir fordern:

- Einrichtung eines bundesweiten Transformationsfonds zur Stärkung der Eigenkapitalbasis kommunaler Energieversorger.
- Staatliche Kreditgarantien und gezielte Förderbankprogramme zur Verbesserung der Finanzierungskonditionen für Transformationspläne.
- Entlastung kommunaler Haushalte bei Infrastrukturinvestitionen.
- Differenzierte Förderinstrumente für kleine und hochverschuldete Stadtwerke.

Energieinfrastruktur ist Daseinsvorsorge – und damit eine gesamtstaatliche Aufgabe.

2. Bundesförderung für effiziente Wärmenetze (BEW) verstetigen und sozial staffeln

Die Wärmewende darf keine Frage der lokalen Kaufkraft sein. Regionen mit geringer finanzieller Leistungsfähigkeit benötigen stärkere Unterstützung.

Wir fordern daher:

- Die Verstärkung und langfristige Absicherung der Bundesförderung für effiziente Wärmenetze (BEW)
- Eine sozial gestaffelte Ausgestaltung der Bundesförderung für effiziente Wärmenetze (BEW): Förderquoten, die stärker von der Finanzkraft der Kommune und der Einkommensstruktur der Bevölkerung abhängen.
- Höhere Förderintensitäten in strukturschwachen Regionen.

Solidarität heißt: Wer weniger finanzielle Spielräume hat, erhält mehr Unterstützung. Nur so verhindern wir eine Wärmewende mit regionalen Verlierern.

3. Kommunale Wärmepläne in die Umsetzung bringen

Kommunale Wärmepläne sind das strategische Fundament der Wärmewende. Sie definieren, wo Wärmenetze entstehen, wo dezentrale Lösungen sinnvoll sind und wie der Ausstieg aus fossilen Energien organisiert wird.

Planung darf jedoch kein unverbindliches Papier bleiben.

Wir fordern:

- Verbindliche Umsetzung kommunaler Wärmepläne, sobald sie demokratisch beschlossen wurden.
- Meilensteine und Zeitplan zur Umsetzung und Monitoring durch das Kompetenzzentrum Kommunale Wärmewende (KWW)
- Verbindlichkeit für ausgewiesene Fernwärmegebiete.
- Verlässliche Abstimmung zwischen Bund, Ländern und Kommunen.

Wärmeplanung schafft Klarheit für Bürgerinnen und Bürger, für Stadtwerke und für Investoren. Ohne Verbindlichkeit bleibt sie wirkungslos.

4. Fernwärme als solidarisches Modell stärken

In Gebieten, die kommunal verbindlich für Fernwärme vorgesehen sind, muss die Politik klare Prioritäten setzen.

Volkswirtschaftlich gilt: Je mehr Kundinnen und Kunden an ein Wärmenetz angeschlossen sind, desto niedriger sind die spezifischen Kosten pro Haushalt. Bezahlbare Fernwärme funktioniert solidarisch – sie verteilt Investitionskosten auf viele Schultern.

Wir fordern daher:

- Vorrang für den Netzanschluss, wenn dieser wirtschaftlich und klimapolitisch sinnvoll ist.

Es ist nicht solidarisch, wenn sich einzelne Haushalte durch alternative Einzellösungen aus der Solidargemeinschaft herauslösen, während die verbleibenden Kundinnen und Kunden höhere Netzkosten tragen müssen. Wer sich anschließt, stabilisiert Preise für alle. Das ist gelebte Solidarität in der Wärmeversorgung.

5. Ausstieg aus Erdgas jetzt geordnet auf den Weg bringen

Der Ausstieg aus der Wärmeerzeugung mit Erdgas ist klimapolitisch notwendig. Er darf jedoch nicht chaotisch verlaufen. Wir brauchen einen geordneten, sozial abgesicherten Transformationspfad.

Wir fordern:

- Einen klaren politischen Fahrplan für den Ausstieg aus Erdgas in der Wärmeerzeugung möglichst bis 2040, spätestens 2045.
- Frühzeitige Verteilnetzentwicklungspläne, um Planungssicherheit bei Versorgern und Verbraucher*innen sicherzustellen.
- Frühzeitige Investitionssignale für klimaneutrale Alternativen.
- Soziale Schutzmechanismen für betroffene Haushalte.

Der Ausstieg muss planvoll erfolgen – mit Planungssicherheit für Unternehmen und sozialer Sicherheit für die Bevölkerung.

6. Erneuerbare Wärmequellen strategisch erschließen

(Groß-)Wärmepumpen sind mit Faktor 400% die effizienteste Heiztechnologie. Geothermie bietet enormes Potenzial für klimaneutrale Fernwärme, wird jedoch durch hohe Explorationsrisiken gebremst. Abwärme wird in Deutschland nur zu rund 4% genutzt. Dies sind nur einige Beispiele enormer Potentiale.

Wir fordern:

- Strategische Unterstützung bei der Umstellung der Wärmenetze auf klimafreundliche Alternativen wie Groß- und Flusswärmepumpen, Geothermie und die Nutzung unvermeidbarer Ab- und Umweltwärme
- Explorationskampagne und die Bereitstellung von Geodaten für Geothermie. Aufbau eines nationalen Kompetenzzentrums zur Unterstützung kommunaler Unternehmen für die Umstellung auf Klimaneutralität.

Kommunale Versorger brauchen verlässliche Informationen und Unterstützung, welche Wärmepotentiale lokal gehoben werden können – nicht nur politische Zielvorgaben.

7. Öffentliche Flächen für die Wärmewende sichern

Wärmenetze, Speicher und Erzeugungsanlagen benötigen Flächen.

Wir fordern:

- Vorrangige Bereitstellung öffentlicher Flächen für Energie- und Wärmewendeprojekte.
- Kommunale Zugriffsmöglichkeiten ohne spekulative Preisaufschläge.
- Planungsrechtliche Privilegierung zentraler Infrastrukturprojekte.

Öffentliche Infrastruktur darf nicht an Bodenpreisspekulation scheitern.

8. Genehmigungen beschleunigen – insbesondere im Tiefbau

Der Netzausbau darf nicht im Verwaltungsstau stecken bleiben.

Wir fordern:

- Standardisierte und beschleunigte Genehmigungsverfahren.
- Bündelung kommunaler Zuständigkeiten.
- Digitale Verfahren und verbindliche Fristen.

Wärmeleitungen müssen schneller in die Erde – nicht länger in Aktenordnern liegen.

09. Verlässliche Gesetzgebung sichern

Investitionen in Wärmeinfrastruktur haben Laufzeiten von mehreren Jahrzehnten. Ständige politische Richtungswechsel gefährden die Transformation.

Wir fordern:

- Planungssicherheit über Legislaturperioden hinaus.
- Verlässliche Ausgestaltung des Gebäudemodernisierungsgesetzes, so dass die Klimaziele des Gebäudesektor sozial verträglich erreicht werden.
- Langfristige, investitionsfreundliche Förderinstrumente.
- Keine Systembrüche zulasten laufender Projekte.

Energiepolitik braucht Stabilität – keine dauernde Neujustierung.

10. Gute Arbeit zur Voraussetzung der Transformation machen

Die Wärmewende ist arbeitsintensiv und technisch anspruchsvoll. Sie ist aber auch eine große Chance für den Wirtschaftsstandort Deutschland.

Wir fordern:

- Eine bundesweite Fachkräfteoffensive.

- Massive Investitionen in Aus- und Weiterbildung.
- Tariftreue als Fördervoraussetzung.
- Sicherung bestehender Arbeitsplätze im Strukturwandel.

Starke Stadtwerke brauchen starke Beschäftigte.

11. Energieinfrastruktur als Daseinsvorsorge schützen

Netze sind natürliche Monopole und Teil öffentlicher Verantwortung.

Wir fordern:

- Klare politische Verantwortung für leistungsfähige Netze.
- Keine weitere Liberalisierung zulasten kommunaler Handlungsfähigkeit.
- Stärkung kommunaler Einflussmöglichkeiten.

Die Wärmeversorgung ist kein Markt wie jeder andere – sie ist Grundversorgung.

Schlussfolgerung: Solidarität als Leitprinzip der Wärmewende

Die Wärmewende entscheidet über gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Wenn finanzstarke Regionen schneller vorankommen als strukturschwache, wenn sich einzelne aus gemeinschaftlicher Infrastruktur verabschieden können, wenn Investitionen an kommunalen Haushaltslagen scheitern – dann droht eine Spaltung der Gesellschaft und der Verlust der Akzeptanz für die Energie- und Wärmewende.

Das darf nicht geschehen.

Wir brauchen:

- eine solidarische Förderarchitektur,
- verbindliche Planung,
- starke kommunale Unternehmen,
- verlässliche gesetzliche und politische Rahmenbedingungen,
- und einen klaren Plan für den Ausstieg aus Erdgas bis spätestens 2045.

Die Wärmewende gelingt nur als Gemeinschaftsprojekt.

Mehr Solidarität in der Wärmeversorgung ist keine Option – sie ist die Voraussetzung für ihren Erfolg.